

Eine Mehrheit der Abgeordneten des irakischen Parlaments fordert den Abzug aller fremder Truppen aus ihrem Land – Wie wird die Bush-Administration reagieren?

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 109/07 – 24.05.07**

Irakische Parlamentarier fordern US-Rückzug

United Press International

INFORMATION CLEARING HOUSE, 05.05.07

(<http://informationclearinghouse.info/article17644.html>)

BAGDAD, 02.05.07 (UPI) – Nachdem sich im US-Kongress die Stimmen mehren, die Pläne für einen Truppenabzug aus dem Irak fordern, werden jetzt auch in der irakischen Nationalversammlung ähnliche Forderungen laut.

133 irakische Parlamentarier verschiedener politischer Richtungen, die sich selbst "freie Abgeordnete" nennen, unterzeichneten ein Dokument, in dem ein geplanter Rückzug der US-geführten multinationalen Truppen aus ihrem Land gefordert wird, wie der sadristische Block im Parlament mitteilte.

Saleh al-Okaili, ein Abgeordneter des sadristischen Blockes teilte am Mittwoch Reportern mit, seine Gruppe habe das Dokument für die Überprüfung der Situation im Irak initiiert, die im UN-Sicherheitsrat im nächsten Monat anstehe.

Der sadristische Block, dessen Minister das Kabinett verlassen haben, repräsentiert Mitglieder einer Gruppe um den unabhängigen schiitischen Führer Moqtada al-Sadr, der die Aufstellung eines Zeitplans zur Beendigung der Besetzung des Iraks durch US-amerikanische und britische Truppen gefordert hat.

Okaili sagte, das Memorandum, das 133 (inzwischen mit 144 die Mehrheit) von 275 Abgeordneten des Parlaments unterzeichnet haben, werde dem UN-Sicherheitsrat, dem UN-Generalsekretär, der Organisation islamischer Staaten und der irakischen Regierung übergeben.

"Wir fordern die irakische Regierung auf, wenn eine Überprüfung der weiteren Anwesenheit fremder Truppen im Irak stattfindet, das Parlament entscheiden zu lassen und nicht eigenmächtig darüber zu befinden, wie sie das in der Vergangenheit getan hat," sagte der Abgeordnete.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit einer Aktualisierung und Hervorhebungen im Text versehen.)

Unser Kommentar

In unserer LP 065/06 im Archiv auf dieser Website haben wir uns mit der angeblichen "Rechtsgrundlage" befasst, auf die sich die US-Besatzer im Irak mit ihrer "Koalition der Willigen" bis heute berufen.

Die Bush-Administration hat ohne UN-Mandat im Bündnis mit der britischen Regierung Tony Blairs am 20.03.03 einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak vom Zaun gebrochen.

Wie man nach dem Einmarsch in Bagdad versucht hat, sich nachträglich eine Art UN-Mandat zu erschleichen, haben wir bereits in der o. a. LUFTPOST untersucht. Der Einfachheit halber drucken wir die entsprechende Passage hier nochmals ab:

Nachdem der US-Statthalter Bremer durch Auflösung der bisherigen irakischen Verwal-

tung, der Polizei und der Armee ein unentwirrbares Chaos angerichtet hatte, setzte die Bush-Regierung unter Führung des kommissarischen Ministerpräsidenten Allawi – einer US-Marionette – eine irakische Interimsregierung ein. **Allawi forderte mit einem von der US Regierung bestellten Brief an den Sicherheitsrat den weiteren Verbleib der „Koalitionstruppen“ im Irak, den der damalige US-Außenminister Powell in einem beigefügten weiteren Brief natürlich sofort zusagte.**

Dass der UN-Sicherheitsrat mit der von den USA und Großbritannien eingebrachten Resolution 1546 vom 08.06.04 dieses durchsichtige Manöver billigte, ist wohl nur den von Allawi und Powell gemachten Zusagen zu verdanken: Mit der Übernahme der Amtsgeschäfte durch die Interimsregierung am 30.06.04 sollte die Besetzung des Iraks offiziell enden. Die multinationalen Truppen sollten die vorläufige irakische Regierung nur noch vorübergehend bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung unterstützen, bis neue irakische Polizei- und Militärverbände selbst dazu in der Lage wären. Das Mandat sollte nach einem Jahr – also im Juni 2005 – überprüft werden und spätestens dann enden, wenn nach demokratischen Wahlen eine verfassungsgemäß gewählte Regierung zustande gekommen wäre.

Da die versprochenen Entwicklungen nicht eintraten und sich die Lage im Irak – besonders wegen der andauernden Anwesenheit der US-Truppen und ihrer rücksichtslosen Besatzungspolitik – weiter zuspitzte, wurde nach dem gleichen Muster eine weitere Resolution des Sicherheitsrates herbeigeführt. **Der nun unter entsprechendem US-Einfluss wenigstens gewählte irakische Übergangs-Ministerpräsident Dschaafari und die neue US-Außenministerin Rice forderten in parallelen Briefen eine Verlängerung des Mandates für die „Koalitionstruppen“, die der UN-Sicherheitsrat mit seiner Resolution 1637 vom 08.11.05 unter neuen Auflagen auch gewährte. Das Mandat gilt bis 31.12.06 weiter, sollte jedoch schon am 15.06.06 überprüft werden und auch schon früher enden, wenn die Regierung des Iraks darum ersucht.**

In den Überlegungen Bushs und Blairs spielt ein durchaus denkbares baldiges Ersuchen der neuen irakischen Regierung unter Ministerpräsident Maliki nach Abzug aller fremden Truppen keine Rolle. Beide rechnen damit, dass auch über das Ende ihrer jeweiligen Amtszeit hinaus US-amerikanische und britische Soldaten im Irak bleiben. Der ehemalige Oberkommandierende des für den Nahen und Mittleren Osten zuständigen US-Hauptquartiers CENTCOM, der inzwischen pensionierte US-General Anthony Zinni, erwartet „fünf bis sieben weitere Jahre Hölle – also Krieg – im Irak“ und hofft, dass auch nach fünfzig Jahren – wie jetzt in Deutschland, Japan und Südkorea! – immer noch US-Truppen im Irak stationiert sein werden. Der Irak habe zu viele natürliche Ressourcen und eine zu große geostrategische Bedeutung, man könne ihn nicht mehr verlassen (STARS AND STRIPES, 12.05.06).

Offensichtlich hat der UN-Sicherheitsrat im Jahr 2006 den "Persilschein" für den weiteren Verbleib der fremden Besatzungstruppen im Irak noch einmal bis Ende 2007 verlängert – wohl nach dem gleichen Strickmuster wie in den vorhergehenden Jahren. Im Juni 07 muss er die Situation im Irak aber wieder überprüfen.

Die Mehrheit der irakischen Abgeordneten möchte verhindern, dass der US-hörige irakische Ministerpräsident Maliki und die US-Regierung eine erneute Verlängerung der Besatzungsregimes durchsetzen. Sie erwarten vom UN-Sicherheitsrat einen Plan für den schrittweisen Abzug aller fremden Truppen. Weil die Bush-Administration immer noch behauptet, Demokratie in den Irak bringen zu wollen, müsste sie dieses Anliegen des irakischen Parlamentes eigentlich freudig begrüßen. Wir gehen aber davon aus, dass sie mit irgendeiner fadenscheinigen Begründung die Besetzung fortsetzen und alle Abzugsforderungen einfach ignorieren wird.